



Niederschrift
über die 11/13. Sitzung
des Rates
am Montag, 29.08.2022

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **19:21 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister
Banken, Ludger

Ratsmitglieder (CDU)
Hell, Mathias

Fachbereichsleiterin
Hoffmann, Daniela

Ratsmitglieder (CDU)
Brozio, Kurt
Burke, Thomas
Knott, Jan
Pfahl, Ferdinand (ab TOP 7.1)
Pütz, Markus
Rick, Ilka
Sander, Ulrich
Schneider, Joachim
Schragen, Georg
Thielen, Maureen, Dr. (ab TOP 4.2)
Weber, Bruno
Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.
Wolf, Oliver (ab TOP 7.1)

Ratsmitglieder (SPD)
Vary, Eva

Fachbereichsleiter
Rösner, Wolfgang

Ratsmitglieder (UWG)
Kramme, Hinrich
Schüller, Ellen

Fachbereichsleiterin
Thünker-Jansen, Margit

Ratsmitglieder (FDP)
Euskirchen, Lorenz

Fachgebietsleiter
Bölinger, Torsten

Schriftführerin
Wilhelm, Sonja

Ratsmitglieder (SPD)

Grünberg, Pia
Kerstholt, Karl Heinrich
Koch, Martina
Krupp, Ute
Lüdemann, Jürgen
Quadflieg, Donate (ab TOP 4.2)
Rohloff, Michael (ab TOP 4.2)
Wilmers, Georg, Dr.

Ratsmitglieder (UWG)

Huth, Dieter
Josten-Schneider, Silke
Meyer, Jörg
Specht, Dagmar
Stein, Norbert

Ratsmitglieder (FDP)

Rentzsch, Jana
Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Bogert, Stephan
Lenke, Nils, Dr.
Nagel, Axel
Rupprecht, Deborah
Schiebener, Heribert
Seiffert-Schollmeyer, Urte
Steglich, Rita

Tagesordnung

zur 11/13. Sitzung des Rates
am Montag, 29.08.2022

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
-----------------	---------------------	------------------

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Einwohnerfragestunde

./.

2 Bürgeranträge

./.

3 Ortsrecht

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 3.1 | 2. Änderung der Satzung der Stadt Rheinbach über die Unterhaltung, Benutzung und Erhebung von Gebühren für obdachlose Personen, Aussiedler und Flüchtlinge (Unterkunfts- und Gebührensatzung) vom 09.10.2017 | BV/1761/2022 |
|-----|--|--------------|

4 Allgemeine Angelegenheiten

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 4.1 | Brandschutzbedarfsplan der Stadt Rheinbach 2020 - 2024 hier: Aktualisierung anlässlich des Unwetterereignisses Bernd vom 14.07.2021 | BV/1738/2022 |
| 4.2 | 1. Änderung des Stellenplanes 2022 | BV/1768/2022 |

5 Finanzangelegenheiten

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 5.1 | Inanspruchnahme der Befreiungsregelung des § 116a GO NRW von der Pflicht einen Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2021 aufzustellen | BV/1764/2022 |
|-----|--|--------------|

6 Grundstücksangelegenheiten

./.

7 Bau- und Planungsangelegenheiten

7.1 Neuaufstellung Regionalplan Köln; BV/1759/2022
hier: Beschluss zur Stellungnahme zum Regionalplan-Entwurf

7.2 Zwischenbericht zum Planungsstand, Beschluss zum BV/1773/2022
Investiven Kommunalen Klimaschutz Modellprojekt

8 Besetzung von Ausschüssen und Gremien

./.

9 Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern

9.1 Antrag der Fraktionen von UWG und SPD vom 07.08.2022 zum AN/0585/2022
Bauen mit Holz bei städtischen Bauvorhaben

10 Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung

10.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.08.2022 zu Bauthemen: Bau AF/0028/2022
Bushaltestelle, Neubauvorhaben in Loch, Überbauung
Zingsbach

10.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.08.2022 zu den AF/0029/2022
Auswirkungen der Zins- und Preisentwicklung auf den
Haushalt

11 Mitteilungen des Vorsitzenden

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

12 Allgemeine Angelegenheiten

./.

13 Finanzangelegenheiten

./.

14 Bau, Vergabe- und Planungsangelegenheiten

14.1 Beschaffung von mobilen Ölheizern als Maßnahme der BV/1779/2022
Krisenvorsorge

15 Grundstücksangelegenheiten

./.

16 Personalangelegenheiten

./.

17 Mitteilungen des Vorsitzenden

Mündliche Anfragen

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

Bürgermeister Banken eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ratsmitglieder. Ebenso begrüßt er die Mitarbeiter*Innen der Verwaltung, die Zuhörer*Innen sowie die Vertreter*Innen der Presse.

Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht mit Schreiben vom 17.08.2022 eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Die Antworten zu TOP 10.1 „Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.08.2022 zu Bauthemen: Bau Bushaltestelle, Neubauvorhaben in Loch, Überbauung Zingsbach und TOP 10.2 „Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.08.2022 zu den Auswirkungen der Zins- und Preisentwicklung auf den Haushalt sowie die Vorlage zu TOP 14.1 „Beschaffung von mobilen Ölheizern als Maßnahme der Krisenvorsorge“ wurden mit Schreiben vom 24.08.2022 nachgereicht. Ebenso die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Generationen, Integration und Soziales sowie des Haupt- und Finanzausschusses.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- 1.) Als Stimmzähler*innen schlägt Bürgermeister Banken die Ratsmitglieder Ulrich Sander (CDU), Dieter Huth (UWG) und Urte Seiffert-Schollmeyer (Grüne) vor. Einwände werden nicht erhoben.
- 2.) Die Tagesordnung muss um TOP 14.1 „Beschaffung von mobilen Ölheizern als Maßnahme der Krisenvorsorge“ erweitert werden, da es sich hierbei um eine Eilentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW handelt, die vom Rat gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW noch zu genehmigen ist.

Da es keine Wortbeiträge der Ratsmitglieder gibt, lässt Bürgermeister Banken über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Beschluss						
Der Rat stimmt der erweiterten Tagesordnung zu.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						
*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.						

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Einwohnerfragestunde
-----	---	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

TOP	2	Bürgeranträge
-----	---	---------------

Es liegen keine Bürgeranträge vor.

TOP	3	Ortsrecht
-----	---	-----------

TOP	3.1	2. Änderung der Satzung der Stadt Rheinbach über die Unterhaltung, Benutzung und Erhebung von Gebühren für obdachlose Personen, Aussiedler und Flüchtlinge (Unterkunfts- und Gebührensatzung) vom 09.10.2017
-----	-----	--

Beschluss																																		
<p>Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Rheinbach über die Unterhaltung, Benutzung und Erhebung von Gebühren der Unterkünfte für obdachlose Personen, Aussiedler und Flüchtlinge (Unterkunfts- und Gebührensatzung) vom 09.10.2017.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	X	X	X	X	X	X																												
NEIN																																		
ENTHALTUNG																																		

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

TOP	4	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

TOP	4.1	Brandschutzbedarfsplan der Stadt Rheinbach 2020 - 2024 hier: Aktualisierung anlässlich des Unwetterereignisses Bernd vom 14.07.2021
-----	-----	--

Beschluss																													
<p>Der Rat der Stadt Rheinbach beschließt den Brandschutzbedarfsplan 2020 – 2024 in der beigefügten aktualisierten Fassung anlässlich der Erkenntnisse aus dem Unwetterereignis Bernd vom 14.07.2021.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	4.2	1. Änderung des Stellenplanes 2022
-----	-----	------------------------------------

Die CDU-Fraktion habe sich in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 22. August 2022 gegen die 1. Änderung des Stellenplanes 2022 ausgesprochen, da aus Sicht der CDU der Bedarf der Stelle noch nicht ausreichend plausibel erläutert war. Zwischenzeitlich habe es ein Gespräch mit dem Jugendamt gegeben, so Ratsherr Schneider (CDU). Außerdem wurde ein umfangreiches Schriftstück zu den Umsetzungserfordernissen für das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vorgelegt, welches alle Änderungen detailliert aufführt. Dadurch sei nachvollziehbar, wie die Stellenanteile ermittelt wurden. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher heute zustimmen. Zusätzlich wird um einen Sachstandsbericht zur Implementierung des Personalbemessungsinstrumentes in der März-Sitzung des Jugendhilfeausschusses gebeten. Bei erfolgreicher Umsetzung dieses Instrumentes, soll dieses dann auf die gesamte Verwaltung ausgeweitet werden.

Bürgermeister Banken schlägt vor, den Sachstandsbericht zur Implementierung des Personalbemessungsinstrumentes in das Beschlusscontrolling aufzunehmen. Ob eine Ausweitung auf die gesamte Verwaltung möglich sei, werde er prüfen lassen.

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

Beschluss																													
<p>Der Stellenplan 2022 (siehe Vorlage für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.03.2022 und des Rates vom 04.04.2022 (BV 1726/2022) wird mit den nachfolgenden Änderungen beschlossen:</p> <p>Im Fachgebiet 51 – Jugendamt – werden 2 zusätzliche Stellen im allg. sozialen Dienst (ASD) sowie eine 0,57 Stelle in der Jugendhilfeplanung zur Umsetzung der Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) und des Landeskinderschutzesetzes NRW eingerichtet.</p> <p>Die Ausweisung der Stellen im ASD erfolgt nach Entgeltgruppe S14 TVÖD-SuE (Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst) und in der Jugendhilfe nach S11 TVÖD-SuE.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="213 860 1158 1034"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	5	Finanzangelegenheiten
-----	---	-----------------------

TOP	5.1	Inanspruchnahme der Befreiungsregelung des § 116a GO NRW von der Pflicht einen Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2021 aufzustellen
-----	-----	--

Beschluss																													
<p>Auf der Grundlage der Prognose der Verwaltung zum Vorliegen der Voraussetzungen des § 116a Abs. 1 GO NRW für die Inanspruchnahme der Befreiung zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses für das Haushaltsjahr 2021 verzichtet der Stadtrat auf die Aufstellung dieses Gesamtabschlusses und beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Beteiligungsberichtes nach § 117 GO NRW.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="213 1760 1158 1935"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

TOP	6	Grundstücksangelegenheiten
-----	---	----------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	7	Bau- und Planungsangelegenheiten
-----	---	----------------------------------

TOP	7.1	Neuaufstellung Regionalplan Köln; hier: Beschluss zur Stellungnahme zum Regionalplan-Entwurf
-----	-----	---

Bürgermeister Banken informiert, dass ein Vorschlag der SPD-Fraktion eingegangen sei, der eine einführende Zusammenstellung der vier wesentlichen Themen in der Stellungnahme der Stadt Rheinbach zum Regionalplan-Entwurf anrege. Die Verwaltung begrüße diesen Vorschlag. Der Text dieser Zusammenfassung sei als Tischvorlage ausgeteilt.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) äußert Bedenken, zwei alternative Trassen für eine L 113neu zu prüfen, weil eine Umsetzung der östlichen Trasse sehr schwierig erscheine.

Für die UWG-Fraktion sei die Darstellung der möglichen alternativen Trassen für eine L 113neu ein wichtiger Punkt, so Ratsfrau Josten-Schneider (UWG). Dies fordere die UWG bereits seit 30 Jahren. Eine Entlastung der Innenstadt sei erforderlich und man sollte sich alle Möglichkeiten dafür offenhalten.

Eine alternative Trassenfestlegung bedeutet nichts anderes, als den Bereich von jeglicher Bebauung freizuhalten, so Ratsherr Dr. Wilmers (SPD). Hierdurch werde die Möglichkeit geschaffen, eine Straße zu bauen. Ob davon Gebrauch gemacht werde, sei völlig offen.

Ratsherr Brozio (CDU) bittet im Zusammenhang mit der Ausweisung von Oberdrees als ASB um Überprüfung der Einwohnerzahl.

Beschluss	
<p>Der Rat der Stadt Rheinbach stimmt der Stellungnahme im laufenden Beteiligungsverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zu.</p> <p>Allerdings soll die Stellungnahme der Stadt Rheinbach vorab zusammenfassend die wesentlichen Punkte zur angestrebten Änderung wie folgt enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erweiterung des ASB Flerzheim um eine Fläche nördlich der vorhandenen Bebauung zur Aufnahme von öffentlicher Infrastruktur, die durch die Flut zerstört wurde und am vorhandenen Standort wegen Überschwemmungsrisiken nicht neu errichtet werden kann. 	

2. Beibehaltung eines zukünftigen Haltepunktes Oberdrees der S 23 und im Zusammenhang damit Ausweisung von Oberdrees als ASB („Wohnbaulandentwicklung an der Schiene“).
3. Darstellung von zwei möglichen alternativen Trassen für eine L 113neu südlich der Kernstadt an Stelle der im Entwurf dargestellten Trasse für eine L 113neu quer durch den Wald.
4. Ausweisung eines GIBflex an Stelle eines GIBregional auf Grund von Überschwemmungsrisiken eines bestehenden GIB.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	7.2	Zwischenbericht zum Planungsstand, Beschluss zum Investiven Kommunalen Klimaschutz Modellprojekt
-----	-----	--

Beschluss

Der Zwischenbericht zum Planungsstand wird zur Kenntnis genommen.
Die Verwaltung wird beauftragt für die klimafreundliche, energieautarke und treibhausgasreduzierende Sanierung des Betriebshofs einen Förderantrag beim NKI (NKI-Nationale Klimaschutz Initiative) zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

TOP	8	Besetzung von Ausschüssen und Gremien
-----	---	---------------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	9	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
-----	---	--

TOP	9.1	Antrag der Fraktionen von UWG und SPD vom 07.08.2022 zum Bauen mit Holz bei städtischen Bauvorhaben
-----	-----	---

Ratsherr Huth (UWG) macht darauf aufmerksam, dass das Bauen mit Holz das wirksamste Mittel sei CO² einzusparen und die Umwelt zu schützen. Auch wenn hierdurch Mehrkosten von 10 bis 20 % entstünden. Er weist auf Probleme bei der Betonherstellung hin, da der Sand ebenfalls knapp werde.

Bürgermeister Banken gibt zu bedenken, dass es im Moment sehr schwierig sei, überhaupt an Baustoffe zu kommen.

Der Antrag, so wie er vorliegt, schein heute nicht entscheidungsreif, so Ratsherr Dr. Lenke (Grüne). Zunächst müssten Überlegungen angestellt werden, ob von vorneherein Vorhaben (und welche) in Holz geplant werden sollen oder nicht. Denn nicht jedes Bauvorhaben könne in Holz geplant werde. Da er hier noch weiteren Beratungsbedarf sieht, schlägt Ratsherr Dr. Lenke vor, den Antrag in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Ratsherr Ruland (FDP) begrüßt den Antrag, auch wenn dies Mehrkosten verursache. Zu klären sei noch, was Priorität bedeuten soll.

Unter Priorität verstehe die UWG-Fraktion nach Darstellung von Ratsherr Huth, dass die Verwaltung zunächst prüfe, ob ein Bauvorhaben sinnvollerweise in Holzbauweise möglich sei.

Bürgermeister Banken weist drauf hin, dass Planungen nicht parallel erfolgen können. Hierdurch würden dann doppelte Kosten und doppelte Arbeit entstehen. Es müsse vorher festgelegt werden, welche Baumaßnahmen in Holzbauweise Sinn machen.

Ratsherr Pütz (CDU) sowie die CDU-Fraktion stehen dem Bau mit Holz sehr positiv gegenüber und haben ähnliche Bedenken wie Ratsherr Dr. Lenke (Grüne). Da es nicht möglich sei, bei Bestandsplanungen auf Holz umzuschwenken, sollte vorab eine Abschätzung der Verwaltung erfolgen, was Sinn macht und auch wirtschaftlich darstellbar sei. Deshalb stimmt er dem Verweisungsantrag von Herrn Dr. Lenke (GRÜNE) zu.

Ratsfrau Koch (SDP) vertritt die Meinung, dass jedes Gebäude mit Holz erstellt werden könne und auch die Bestandsplanungen in Holzbauweise umgestellt werden können. Deshalb sehe sie keinen Grund, warum heute kein Beschluss gefasst werden sollte.

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) macht nochmals deutlich, dass zuerst das Verfahren (welche Kriterien müssen erfüllt werden, welche Kosten entstehen usw.) abgeklärt werden müsse, damit die Verwaltung weiß, bis wohin sie gehen darf und ab wann dann die Politik entscheiden soll.

Ratsherr Huth (UWG) plädiert dafür, in der heutigen Sitzung einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Wenn gewünscht, könne der Grundsatzbeschluss auch noch erweitert werden, so dass z.B. ab einer Auftragssumme von 2 Mio. € der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen entscheidet.

Da die Meinungen der Fraktionen gar nicht so unterschiedlich seien, so Bürgermeister Banken, wäre es schade, wenn der Antrag heute abgelehnt werde. Deshalb schlägt er vor, die Beschlussfassung zu vertagen und die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Ratsherr Pütz (CDU) beantragt nochmals, den Antrag in den Fachausschuss zu vertagen.

Ratsfrau Rentzsch (FDP) fasst zusammen, dass sich allen Fraktionen grundsätzlich doch einig seien, zukünftig Gebäude in Holz zu errichten. Allerdings müssen diese für diese Bauweise geeignet sein. Problematisch sei nur das Wort „Priorität“ im Beschlussvorschlag. Es werde im laufenden Prozess eine Feststellung benötigt, ob des jeweilige Gebäude für eine Holzbauweise geeignet ist oder nicht. Deshalb schlägt sie vor, den ersten Satz wie folgt zu ergänzen: wenn nach fachlicher Feststellung des Hochbaus das Gebäude zur Holzbauweise geeignet ist. Falls ihr Vorschlag nicht zum Tragen kommt, spricht Sie sich für eine Verweisung in den Fachausschuss aus.

Bürgermeister Banken fasst nochmal die drei Anträge zusammen:

- 1.) die Ergänzung von Ratsfrau Rentzsch (FDP) den ersten Satz wie folgt zu ergänzen: wenn nach fachlicher Feststellung des Hochbaus das Gebäude zur Holzbauweise geeignet ist
- 2.) den Beschlussvorschlag wie er von den Fraktionen von UWG und SPD beantragt wurde
- 3.) den Antrag auf Vertagung in den Fachausschuss.

Seiner Meinung nach ist der Antrag von Ratsfrau Rentzsch der weitestgehende und deshalb lässt Bürgermeister Banken zuerst über diesen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA		8	5		2	1
NEIN	13			3		
ENTHALTUNG				4		

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) erwartet beim Ausbau der Straße „Vor dem Voigtstor“, dass ein behindertengerechter Eingang an dieser Haltestelle auch stadtauswärts ermöglicht und der Gehsteig auf mindestens 2,30 m verbreitert wird.

Wenn die Planungen soweit sind, könne über die Verbreiterung nochmal gesprochen werden, so Bürgermeister Banken. Deshalb würde er diesen Punkt ins Beschlusscontrolling aufnehmen, damit nach Vorlage einer Kostenkalkulation eine Entscheidung getroffen werden könne.

Ratsherr Dr. Wilmers (SDP) fragt nach, ob der schmalere Umbau der Bushaltestelle Auswirkungen auf die Fördersumme habe, da andere Abmessungen dem Förderantrag zugrunde lagen. Schließlich werde der barrierefreie Umbau von Bushaltestelle mit 90 % bezuschusst.

Zwar liege noch kein Förderbescheid vor, dafür aber eine Zustimmung zum förderunschädlichen Maßnahmenbeginn, so Herr Bölinger. Die Förderquote liege auf den städtischen Grundstücken bei 60 %. Herr Bölinger sagt zu, dies mit dem Fördergeber zu kommunizieren.

TOP	10.2	Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.08.2022 zu den Auswirkungen der Zins- und Preisentwicklung auf den Haushalt
-----	------	---

Der Rat nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP	11	Mitteilungen des Vorsitzenden
-----	----	-------------------------------

Da es keine Mitteilungen des Vorsitzenden gibt, verabschiedet sich Bürgermeister Banken von den Gästen und Vertreter*Innen der Presse, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

TOP	Mündliche Anfragen
-----	--------------------

Ratsfrau Rick (CDU) äußerte noch weitere Fragen zum Bebauungsplan in Loch. Sie bezieht sich dabei auf die Anfrage und Antworten zu TOP 10.1 - Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.08.2022 zu Bau Themen: Bau Bushaltestelle, Neubauvorhaben in Loch, Überbauung Zingsbach. Sie fragt nach dem Sachstand der Erstellung der Hochwasserkarten. Ebenso interessiert Sie, wie mit den Informationen aus den Begehungen in Loch umgegangen werde. Erstaunt sei sie, dass die überfluteten Flächen als Nichtüberschwemmungsgebiet ausgezeichnet wurden. Auch möchte Ratsfrau Rick wissen, was künftig mit den betroffenen Flächen gemacht werde und wie die Empfehlungen für zukünftige Bauflächen laute.

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen antwortet, dass in dem angesprochenen Gebiet ein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliege, in dem kein Überschwemmungsgebiet festgesetzt wurde. Festgesetzte Überschwemmungsgebiete seien an bestimmte Kriterien gebunden und werden per Rechtsverordnung durch die Bezirksregierung erlassen. Es gehe dabei um gewässerübertretendes Wasser. Wenn man sich die Starkregenhinweiskarten anschau, stellt man fest, dass bei Starkregen 80 % von Rheinbach in unterschiedlicher Intensität geflutet wird. Wenn darauf reagiert werden sollte, müsste die Bauleitplanung geändert und 80 % der Bauflächen zurückgenommen werden. Auch Flächen dürften nicht mehr weiterentwickelt werden. Außerdem müsse man sich Gedanken machen, was mit dem Bestand passiert, d.h. die Gebäude hätten lediglich eine Bestandssicherung, aber Änderungen dürften nicht mehr vorgenommen werden.

Die Stadt Rheinbach, so Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen weiter, habe sich entschlossen eigene Starkregenkarten zu erstellen. Diese werden benötigt um festzustellen, wann und in welchem Maße was gefährdet ist. Dann erst können qualifizierte Überlegungen angestellt werden, wie auf diese Gefährdungen reagiert werde. Dazu gebe es ganz unterschiedliche Möglichkeiten, wie Ausweisung von Überschwemmungsgebieten bis zur Rücknahme von Bau- und Planungsrecht. Das alles unterliege aber einer genauen Abwägung.

Fachgebietsleiter Bölinger informiert, dass überflutete Gebiete der Bezirksregierung übersandt wurden, da diese für die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten zuständig ist. Parallel werde in der Hochwasserkooperation mit den Nachbarkommunen gearbeitet. Dort sei auch der Schiefelsbach mit seinen Auswirkungen auf die Ortschaften Sürst und Loch Thema. Diese Arbeiten seien allerdings erst in den Anfängen und werde noch eine lange Zeit beanspruchen, bis ein Ergebnis vorliege.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) möchte wissen, was jetzt getan werden kann. Er fragt, ob es möglich sei, entlang der Bäche – auch bei gültigen Bebauungsplänen – erst einmal eine Veränderungssperre zu verhängen, bis die langwierigen Verfahren abgeschlossen sind?

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen antwortet, dass dies ein sehr komplexes und schwieriges Thema sei. Ein Bauverbot brauche eine Begründung. Die Begründung wäre z.B. das Überschwemmungsgebiet. Grundsätzlich werde bei jeder Baugenehmigung, egal

Niederschrift	11/13. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 29.08.2022

ob ein Bebauungsplan besteht oder es um einen unbepflanzten Innenbereich geht, die untere Wasserbehörde des Rhein-Sieg-Kreises beteiligt. Diese prüfe den Hochwasserschutz. Wenn aus Sicht der Gewässerplanung nichts entgegenstehe, müsse die Baugenehmigung erteilt werden. Natürlich könne die Genehmigung auch verweigert werden, dann sei eine Klage möglich.

Veränderungssperren könnten nur durch Änderung der Bebauungspläne erlassen werden. Im erwarteten Starkregenrisikomanagementkonzept rechnet Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen mit Handlungsempfehlungen, die sich auch mit der Flächenplanung auseinandersetzen. Aufgrund dieser Empfehlungen werde es sicherlich erforderlich sein, den ein oder anderen Bebauungsplan zu ändern. Bei dieser Prüfung müssen auch Abwägungen vorgenommen werden.

Weiter fragt Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) nach, wann damit zu rechnen sei, dass das 2019 beantragte Überholverbot auf der Landstraße zwischen Merzbach und Neukirchen im Verkehrstermin geprüft werde und der Rückstau abgearbeitet sei.

Fachbereichsleiterin Hoffmann kann in der Sitzung keine genauen Angaben machen und sagt zu, dass Ratsherrn Dr. Lenke eine Information im Nachgang zur Sitzung erhalte. Wie schnell der Rückstau abgearbeitet sei, hänge nicht alleine von der Verwaltung ab, sondern auch von Terminen mit den zu beteiligten Behörden.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) fragt nach, wann der Bürgerantrag von 2018 zur Ausweitung eines streckenbezogenen Tempolimits von 30 km/h auf der Straße „Vor dem Voigtstor“ zwischen der Einmündung Gymnasialstraße und Ramershovener Straße im Rat beraten werde?

Fachbereichsleiterin Hoffman sagt eine Information im Nachgang zur Sitzung zu.

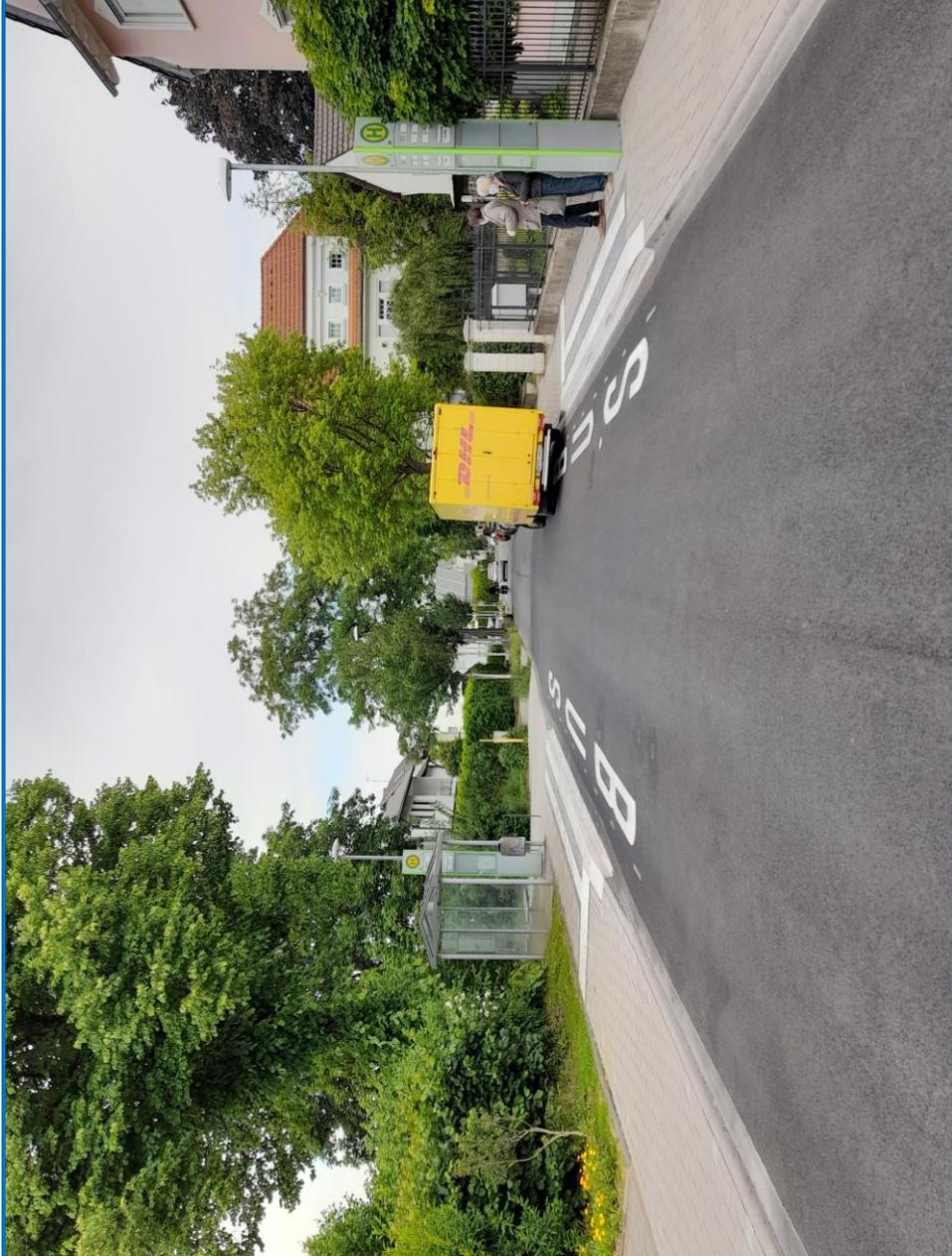
Da keine weiteren mündlichen Anfragen vorliegen, schließt Bürgermeister Banken die Sitzung.

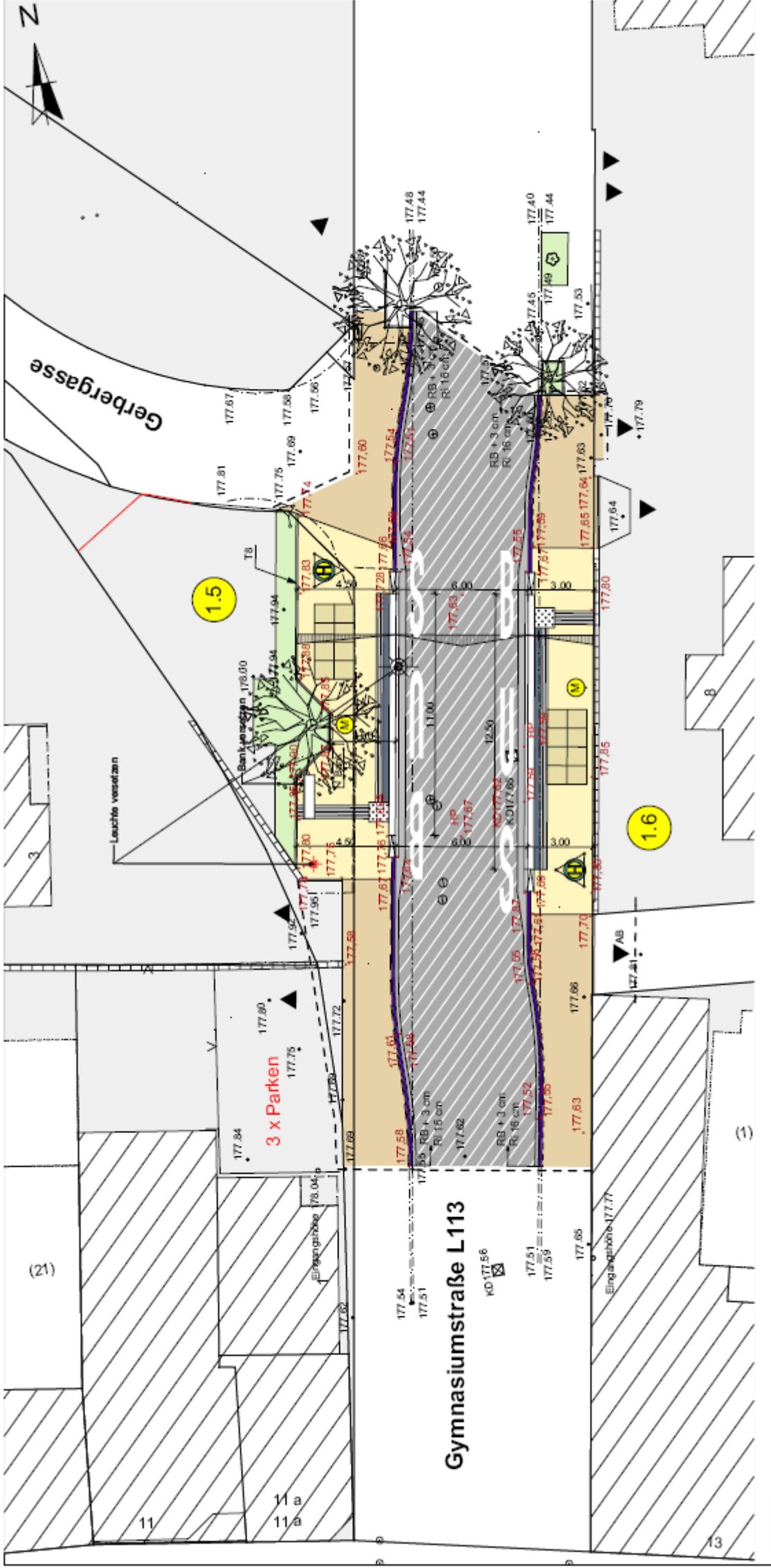
Rheinbach, 20. September 2022

gezeichnet
Ludger Banken
Bürgermeister

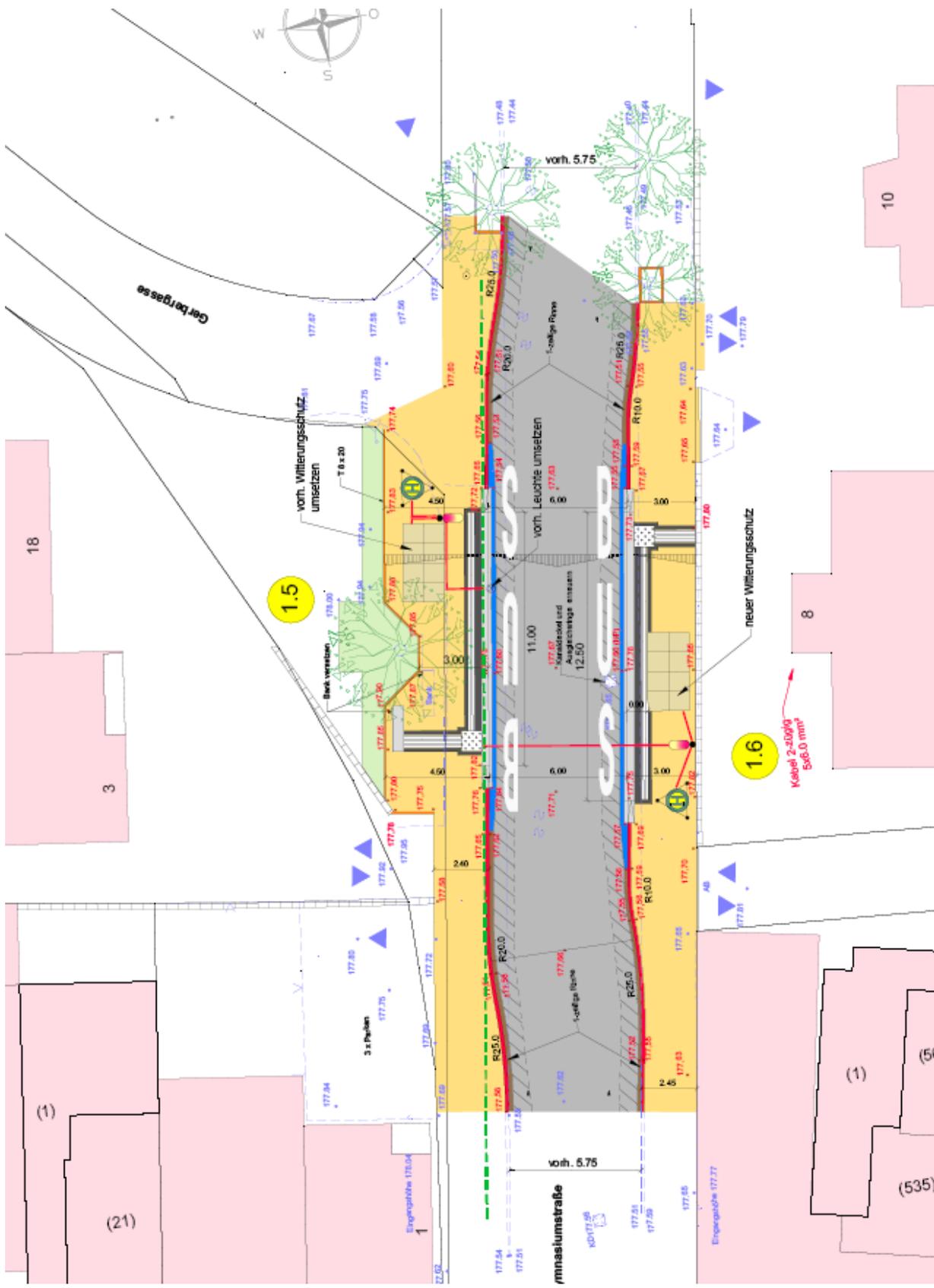
gezeichnet
Sonja Wilhelm
Schriftführerin

Bushaltestelle Gymnasiumstraße nach dem barrierefreien Umbau 05/2022





Bushaltestelle Gymnasiumstr. Entwurfsplanung - beschlossen im März 2018



Bushaltestelle Gymnasiumstr. Ausführungsplanung – Stand Oktober 2019



Straßenausbauplanung Vor dem Voigtstor, Entwurfsplanung März 2021 (Beschluss ASB)

Seit Beschluss Entwurfsplanung in 03/2021
Weiterführung der Planung,
Anpassung Linksabbieger in Gymnasiumstr. 01/2022
Empfehlung Sicherheitsaudit LB Straßen 03/2022

